

KLARTEXT WOHLFAHRT

Armutsentwicklung in Krisenzeiten

(Neue) Armut wirksam bekämpfen

Armut in Baden-Württemberg

Aktuell sind in Baden-Württemberg über 16 Prozent der Bevölkerung von Armut betroffen. Das sind mehr als 1,8 Millionen Menschen¹. Sie verfügen über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens und damit nicht über ausreichend Mittel, um gleichberechtigt am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzunehmen. Werden auch Haushalte mit sogenannten niedrigen Einkommen von weniger als 70 Prozent des mittleren Einkommens hinzugezählt, betrifft dies über 2,6 Millionen Menschen in Baden-Württemberg.

Entwicklungen – Zur Verstetigung von Armut

Die Krisen der letzten Jahre haben zu einem Anstieg der Armut in Baden-Württemberg geführt. Die gestiegenen Preise für Energie und Lebensmittel infolge der Pandemie und des russischen Angriffskriegs in der Ukraine belasten zwar alle Menschen Baden-Württemberg; Haushalte mit geringem Einkommen sind hiervon jedoch besonders betroffen. Die zentralen Ursachen und Auswirkungen sind in einigen wesentlichen Entwicklungen der letzten Krisenjahre zusammen zu fassen:

- ➔ Die Inflationsrate war zeitweise so hoch wie seit Anfang der 1990er Jahre, im Zuge der deutschen Wiedervereinigung, nicht mehr.
- ➔ Güter und Dienstleistungen des täglichen Lebens unterliegen in der Folge einer enormen Teuerung. Im August 2022 bspw. waren die Preise für Energie im Vergleich zum Vorjahr um knapp 41 Prozent, für Mobilität um über 16 Prozent und für Nahrungsmittel um ungefähr 15 Prozent gestiegen.

➔ Ein Drittel der Gesamtbevölkerung ist mittlerweile von Energiearmut betroffen, das heißt sie müssen mehr als 10 Prozent ihres verfügbaren Einkommens hierfür ausgeben. Dies trifft auf deutlich mehr als die Hälfte der Haushalte mit geringen Einkommen (ca. 65 Prozent) und drei Viertel der armen Haushalte zu.

➔ Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit nehmen deutlich zu. Rund 12.000 Menschen wurden gemäß der Liga-Stichtagserhebung 2023 in den Diensten der Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe betreut. Die Bundesstatistik dokumentiert rund 36.000 Menschen (darunter fast 10.000 Kinder unter 18 Jahren), die in kommunalen Not- oder Gemeinschaftsunterkünften leben.

➔ In den ersten 14 Monaten nach Kriegsbeginn in der Ukraine hat sich die Anzahl der Kund:innen von Tafeln um ca. 50 Prozent erhöht. Die Zunahme und der Wandel unter den Hilfesuchenden kann durchaus als Seismograf für eine neue Bedürftigkeit gewertet werden.

Darüber hinaus ist auch der Anteil dauerhaft armutsgefährdeter Menschen in Baden-Württemberg hoch. Armutslagen verhärteten sich. Bereits vor den Krisenereignissen lag der Anteil im Jahr 2019 bei ca. 15 Prozent². Als dauerhaft von Armutgefährdung betroffen gelten Personen, die aktuell armutsgefährdet sind und zusätzlich in mindestens zwei der drei vorangegangenen Jahre armutsgefährdet waren.

¹ Die empirischen Daten des folgenden Abschnitts beziehen sich vor allem auf folgende Kurzanalyse: Gesellschaftsmonitoring Baden-Württemberg (Hg.) (2022): Armut und Reichtum. Kurzanalyse 1/2022. Anhaltende Teuerung der Lebensmittel- und Energiepreise: Wer ist besonders betroffen in Baden-Württemberg? Online verfügbar unter: www.gesellschaftsmonitoring-bw.de [22.11.2023]

² Vgl. Gesellschaftsmonitoring (o.J.): Dauerhafte Armutgefährdung.



Neue Armut wird sichtbar

In allen Diensten und Angeboten, die Menschen in besonderen Lebenslagen unterstützen, lässt sich eine wachsende Nachfrage feststellen. Das Besondere dabei: Menschen, die bisher nicht von Armut betroffen waren, benötigen zunehmend Hilfe und fragen Leistungen der Beratung und Existenzsicherung nach.

Mit den derzeit zur Verfügung stehenden Ressourcen der Dienste kann dem erhöhten Bedarf nicht mehr zuverlässig entsprochen werden.

Die prekären Lebenslagen der betroffenen Menschen werden zudem härter und komplexer. Neben der vermehrten Kombination von wirtschaftlich-sozialen mit psychischen und physischen Problemlagen geht es häufig um existenzielle Fragen wie Energiesperren oder Wohnungsverlust. Ein Ausstieg aus dem Hilfesystem und die grundlegende Überwindung der Problemlagen (z. B. durch den Übergang in eine eigene Wohnung, das Aufnehmen einer Arbeitsstelle oder das Erlangen von Schuldenfreiheit) wird immer schwieriger zu erreichen.

Aus den heute vorliegenden Zahlen zur Armut in Baden-Württemberg sowie den Beobachtungen aus der Praxis sozialer Beratungs- und Unterstützungsangebote für Menschen in sozialen Notlagen lässt sich ein klares Bild zur (neuen) Armut durch die Krisen der letzten Jahre zeichnen:

- ➔ Je weniger finanzielle Mittel einem Haushalt vor der Krise zur Verfügung standen, desto stärker ist dieser nun von (neuer) Armut betroffen.
- ➔ Wer bisher bereits arm war ist von der aktuellen Krise am stärksten betroffen.
- ➔ Es zeigt sich eine wachsende Armutsgefährdung von Haushalten mit niedrigen und mittleren Einkommen.

Auswirkungen für Menschen in besonderen Lebenssituationen und praktische Antworten der Wohlfahrtspflege

Die Konsequenzen der verhärteten und der neuen Armut auf die Gesellschaft sind vielfältig und haben sowohl Auswirkungen auf die Betroffenen selbst als auch die Gesellschaft insgesamt. Armut führt individuell zu sozialer Isolation, mangelnder Teilhabe und Benachteiligung. Wenn Menschen abgehängt sind, gefährdet dies aber auch kollektiv den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Teilhabe Einzelner und Gruppen. Armut kann zu einer Zunahme der politischen Polarisierung und zu sozialen Unruhen führen. Ob das Gefühl, in der Armutslage vergessen oder abgehängt zu sein, oder die Angst vor dem sozialen

Abstieg: beides kann zur Entsolidarisierung und Spaltung der Gesellschaft führen, wie in den letzten Jahren ersichtlich wurde³.

Die Verbände der Liga-BW begegnen diesen Entwicklungen konkret durch Stärkung und Weiterentwicklung vielfältiger Beratungs- und Unterstützungsdienste (z.B. Schuldnerberatung, Wohnungsnotfallhilfe, Beschäftigungsförderung, Tafeln, Angebote für Betroffene von geschlechtsspezifischer Gewalt, etc.): Diese helfen zum Beispiel bei der Suche nach Arbeit und Wohnraum, unterstützen bei der Erschließung finanzieller Leistungen oder bei der Bewältigung von Alltagsproblemen und stärken somit die Selbsthilfekompetenzen von Betroffenen.

Politische Anforderungen und Lösungsansätze einer wirksamen Armutsbekämpfung

Die Existenzsicherung muss laufend angepasst werden, um armutsfest zu sein

Auch nach der Bürgergeldreform sind die Regelsätze dynamisch und mindestens halbjährlich an die laufenden Teuerungsraten anzupassen. Weiterhin ist die Einführung der Kindergrundsicherung zukunftsfähig und armutsfest zu gestalten.

Um gesellschaftliche Verwerfungen zu vermeiden, müssen die großen Fragen gelöst werden

Zu den großen (sozialen) Fragen unserer Zeit gehören existenzielle Herausforderungen wie eine angemessene Versorgung mit Nahrungsmitteln oder Wohnraum. Es muss daher gelingen mehr bezahlbaren und sozialen Wohnraum in Baden-Württemberg zu schaffen und zu erschließen. Das Konkurrieren um zu wenig Ressourcen kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Daneben ist eine langfristige und investive Strategie zur „Beseitigung der Obdach- und Wohnungslosigkeit“ sowie eine landesweit abgestimmte, bedarfsgerechte und zuverlässige Finanzierung der ambulanten und niedrigschwelligen Angebote zu sichern.

Um den sozialen Frieden zu sichern, müssen ungleiche Belastungen ausgeglichen werden

Um wirksam vor Armut zu schützen, Angst vor sozialem Abstieg zu nehmen und Vertrauen in eine solidarische Gesellschaft zu stärken, müssen sich staatliche Entlastungen an der individuellen und nicht der allgemeinen Belastung ausrichten. Das bedeutet konkret, zukünftig auf Subventionen nach dem Gießkannenprinzip (z. B. Klimageld, Tankrabatt) zu verzichten und stattdessen gezielte Maßnahmen zur Unterstützung derjenigen aufsetzen, die sie dringend brauchen.

³ Vgl. Bertelsmann Stiftung (2022): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg 2022. Online verfügbar unter: [sozialministerium.baden-wuerttemberg.de](https://www.sozialministerium.baden-wuerttemberg.de) [22.11.2023]



Um Versorgung zu sichern, braucht es eine verlässliche soziale Infrastruktur

Um die Versorgung aller Menschen stets sicherstellen zu können, braucht es eine krisensichere und verlässliche soziale Infrastruktur. Dafür wäre kurzfristige Kompensation der gestiegenen Kosten, z. B. im Bereich Energie, ein Ansatz. Mittelfristig ist ein „Zukunftsdialog Daseinsvorsorge“ zu beginnen. Die aktuellen Krisen zeigen deutlich die Grenzen des bestehenden Systems auf. Um zukunftsorientiert und kooperativ in neue Strukturen der Daseinsvorsorge und Versorgungssicherheit zu kommen, ist ein Dialog mit allen relevanten Akteur:innen – auch Menschen in prekären Lebenslagen – im Land notwendig.



Liga der freien Wohlfahrtspflege
in Baden-Württemberg e.V.



Stauffenbergstr. 3 | 70173 Stuttgart
T: 0711 61967-0 | E: info@liga-bw.de
www.liga-bw.de

Erschienen: November 2023